

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Das neue Jahr ist zwar inzwischen auch schon ein paar Tage alt – aber lasst mich euch und euren Lieben dennoch ganz herzlich zu Beginn ein frohes, gesegnetes und gesundes neues Jahr 2017 wünschen! Ich hoffe sehr, ihr habt die Tage zwischen den Jahren ein wenig zum Entspannen und Kraft tanken nutzen können und seid nun bereits gut in das Jahr 2017 gestartet.



Ich für meinen Teil habe die Tage genutzt, ganz viel Zeit mit meiner Familie zu verbringen, bevor es dann in der vergangenen Woche auch für mich im Berufs-„Alltag“ als Ministerin und Abgeordnete wieder voll losging. Aber so richtig Urlaub hat man in diesem Job ja ohnehin nie. ;-) – Und das ist auch gut so!

Gerne präsentiere ich euch nun die erste Ausgabe der „Wahlkreispost“ im neuen Jahr, auf die ihr ja seit dem 19. Dezember 2016 nun auch einen ungewohnt langen Zeitraum verzichten musstet. Umso bunter ist aber die Auswahl an Themen, die in der heutigen „Wahlkreispost“ auf euch warten: Im Nachgang des schrecklichen Terroranschlags von Berlin im Dezember letzten Jahres, ist nun eine neue Debatte um die Innere Sicherheit entfacht. Dazu gibt es sowohl Worte von unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer, als auch einen detaillierten Vorstoß des SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, der ein Zusammenspiel von Prävention und Repression fordert. Darüber hinaus ist die nach wie vor positive Entwicklung des Arbeitsmarktes im Land ein Thema – und der, wie ich finde, wichtige Vorschlag, den Andrea Nahles zum Rückkehrrecht aus einem Teilzeit- in ein Vollzeitverhältnis gemacht hat. Damit setzt Andrea Nahles einen weiteren für uns wichtigen Punkt des Koalitionsvertrags mit der Union im Bund um.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen – und in der neuen Woche!  
Eure Sabine

# „EIN URSOZIALDEMOKRATISCHES THEMA“

*SPD-Parteivorsitzender Gabriel legt Sicherheitspapier vor*

„Zeit für mehr Sicherheit in Zeiten wachsender Unsicherheit“ – so hat der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel sein Konzeptpapier überschrieben und liefert damit nun einen sozialdemokratischen Beitrag zur aktuellen Debatte über die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik.

„Sicherheit“, so stellt Gabriel fest, sei ein „ursozialdemokratisches Thema“. Normale Menschen seien auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen. „Nur sehr reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten und sich private Sicherheit kaufen“, stellt der SPD-Chef fest. Deshalb sei Sicherheit zu gewährleisten auch ein Verteilungsthema. Letztlich hätte nur in einer friedlichen und sicheren Gesellschaft soziale Gerechtigkeit und die Verwirklichung individueller Freiheit eine Chance.

Gabriel sieht zwar auch Gemeinsamkeiten zwischen SPD und CDU/CSU – etwa, wenn es um mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder bei der Abschiebehaft für ausreisepflichtige Gefährder – aber: „Wer sich nur auf Gesetzesverschärfungen konzentriert, wird keinen Erfolg haben und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger enttäuschen.“ Auch vor „Scheinlösungen“ warnt der Vizekanzler.

SPD-Chef Gabriel plädiert deshalb für eine engere Verknüpfung sozial- und innenpolitischer Maßnahmen: „Erst im Zusammenspiel von Prävention, Stärkung des inneren Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz entsteht tatsächlich ein höheres Maß an Sicherheit.“ So müsse beispielsweise die Zusammenarbeit mit Moscheegemeinden im Rahmen der Prävention und die Schließung radikal-islamistischer und salafistischer Moscheen eine Maßnahme sein, um Null-Toleranz gegen Hasspredigten durchzusetzen. „Prävention und Repression“, sei hier das Stichwort.

Ganz zum Schluss gelte für die SPD ein besonderer historischer Auftrag: „Sozialdemokraten haben nie irgendeine Rechtfertigung für Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen akzeptiert. Sie haben sie immer bekämpft. Jetzt stellen wir uns wieder diesem Kampf, um das Recht frei von Angst und Gewalt in einer friedfertigen und freundlichen Gesellschaft zu leben, zu verteidigen.“

# „SICHERHEIT HAT OBERSTE PRIORITÄT“

## *Dreyer versichert Schutz der Bürgerinnen und Bürger*

Ministerpräsidentin Malu Dreyer versicherte im Rahmen ihrer Neujahrsansprache, dass die Gewährleistung der Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger im Land für die Landesregierung die höchste Priorität habe: „Es ist mir ein besonderes Anliegen, allen Bürgerinnen und Bürgern im Land zu versichern, dass unsere Sicherheitskräfte alles Menschenmögliche tun, um uns zu schützen. Wir werden nicht zulassen, dass feige Attentate unsere Demokratie und unsere gemeinsamen Werte zerstören!“ Die Ministerpräsidentin sprach den Opfern und den Angehörigen des Berliner Attentats ihre Anteilnahme aus. Sie betonte, dass das schreckliche Attentat nicht dazu führen dürfe, nun Mauern zu bauen und alles Fremde abzuweisen: „Wer nun Angstmacherei und Hetze betreibt, gefährdet unser friedliches Zusammenleben, weil Hass immer neuen Hass und neue Gewalt hervorbringt.“

Die Chancen einer zusammenwachsenden Welt betonte Ministerpräsidentin Malu Dreyer bei ihrer diesjährigen Neujahrsansprache. „Auch wenn Veränderungen, die bis in die eigene Arbeit und Familie hinein spürbar sind, manchen Menschen Angst machen: Ich sage Ihnen mit voller Überzeugung, für Angst vor der Zukunft gibt es keinen Grund“, unterstrich die Ministerpräsidentin.

Sie verwies auf den wirtschaftlichen Erfolg rheinland-pfälzischer Unternehmen im globalen Handel, aber auch auf die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz. „Wenn ich im Land unterwegs bin, erlebe ich, wie gut das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Nationen gelingt, wenn man sich erstmal kennengelernt hat, wenn die Kinder gemeinsam zur Schule gehen und man sich im Verein trifft“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Die Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzerinnen hätten im vergangenen Jahr einen beeindruckenden Zusammenhalt gezeigt. „Als Hunderttausende nach Deutschland geflohen sind, haben Sie ohne zu zögern, den Geflüchteten ein neues Zuhause gegeben“, so die Ministerpräsidentin. Zusammen gehalten und angepackt hätten die rheinland-pfälzischen Bürger und Bürgerinnen auch bei der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe. Ministerpräsidentin Malu Dreyer dankte den vielen Helfenden für ihr Engagement und wertete dies als Beleg für den starken gesellschaftlichen Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz, wo sich jeder Zweite ehrenamtlich engagiere.

Auch wenn man in einer vielfältigen, globalisierten Welt nicht auf alles Einfluss nehmen könne, so liege es doch auch an jedem und jeder Einzelnen, die Gesellschaft menschlich und liebenswert zu gestalten. „Lassen Sie uns bewahren, was uns stark macht: unsere Lebensfreude, unseren Unternehmensgeist, unsere Tatkraft und unseren Zusammenhalt“, sagte die Ministerpräsidentin. Wenn alle ihre Stärke einbrächten, könne gemeinsam Großes bewegt werden.

## MEIN TIPP ZUM KLICKEN: DIE NEUJAHRSANSPRACHE IM NETZ

In ihrer Neujahrsansprache thematisierte unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer nicht nur die Sicherheitslage im Bund und im Land und die diesbezüglichen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. Auch über andere landespolitische Themen – etwa den sozialen Zusammenhalt – sprach die Ministerpräsidentin.

Wer sich die Neujahrsansprache der Ministerpräsidentin noch einmal vollständig im Netz ansehen möchte, hat auch nach der Ausstrahlung im SWR unter folgenden Link dazu jederzeit Gelegenheit: [Klick!](#)

## BESSERE PERSPEKTIVEN DURCH ESF

*Ministerpräsidentin Dreyer und Ministerin Bätzing-Lichtenthäler blicken mit Zuversicht auf die Arbeitsmarktentwicklung im Land*

„Wir sind zuversichtlich, dass der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz auch im neuen Jahr stabil bleibt und wir die Arbeitslosigkeit weiter senken können“, sagten Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler anlässlich der Bekanntgabe der aktuellen Arbeitsmarktzahlen in Mainz. Der winterliche Anstieg der Arbeitslosigkeit gehe als übliche jahreszeitliche Entwicklung in der Regel auf eine erhöhte Anzahl von Arbeitslosmeldungen aus Tätigkeiten im Außenbereich, beispielsweise im Baugewerbe oder in der Gastronomie zurück. Im Dezember 2016 waren in Rheinland-Pfalz 108.362 Menschen arbeitslos. Das sind rund 2.200 mehr als im November des selben Jahres. Die Arbeitslosenquote lag bei 4,9 Prozent.



Im Jahresverlauf 2016 nahm die Arbeitsmarktsituation insgesamt eine erfreuliche Entwicklung im Land. Im Jahresschnitt waren 111.435 Personen arbeitslos gemeldet. Das waren 1.446 weniger als im Jahr 2015. Die Arbeitslosenquote sank 2016 auf durchschnittlich 5,1 Prozent. Im Vorjahr lag sie bei 5,2 Prozent. Insbesondere der Sektor Gesundheitswirtschaft wächst in Rheinland-Pfalz stetig und verzeichnete zwischen 2008 und 2015 einen Zuwachs der Anzahl Erwerbstätiger in der Branche um 13,1 Prozent auf aktuell 279.000 Beschäftigte. Damit ist die Gesundheitswirtschaft ein wichtiger Job-Motor und trägt maßgeblich zur positiven Arbeitsmarktentwicklung bei.

„Die rheinland-pfälzische Landesregierung arbeitet gemeinsam mit der Europäischen Union auch in Zukunft weiter intensiv daran, Zielgruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf ergänzende Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer beruflichen Perspektive zu bieten. Das gilt beispielsweise für Langzeitarbeitslose, Jugendliche am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf, Frauen oder Menschen mit Behinderung“, erklärte die Arbeitsministerin. Der rheinland-pfälzische ESF bleibe auch in 2016 ein besonders wichtiges Förderinstrumentarium.

Bätzing-Lichtenthäler wies darauf hin, dass im Jahr 2016 in Rheinland-Pfalz 223 ESF-Projekte mit rund 17.400 Teilnehmerplätzen gestartet sind. Insgesamt wurden 2016 Fördermittel in Höhe von rund 14,7 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds bewilligt.

„Die Landesregierung bietet mit ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Förderung des Europäischen Sozialfonds auch in Zukunft vielen Menschen in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, sich zu qualifizieren, eine berufliche Weiterbildung zu machen, sich beruflich neu zu orientieren und ihre Potenziale zu entwickeln“, betonte Dreyer.



# MEHR RECHTE FÜR TEILZEIT-JOBBER

## *Arbeitsministerin Nahles will Rückkehr in Vollzeit sichern*

Seinen Kindern Zeit zu schenken ist schön. Doch wenn Mütter im Job wieder durchstarten wollen, stoßen sie oft auf große Schwierigkeiten. Denn sie haben zunächst zwar einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit - aber noch keinen darauf, danach wieder zur Vollzeitarbeit zurückkehren zu können. Viele kommen aus dieser „Teilzeit-Falle“ nicht mehr heraus. Das wollen wir ändern.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) schlägt deswegen vor: Für Beschäftigte, die zeitlich begrenzt ihre Arbeitszeit verringern möchten, soll sichergestellt werden, dass sie danach zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren können. Das sieht ein Entwurf der Arbeitsministerin vor. Der Referentenentwurf befindet sich seit dieser Woche in der Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung. „Ziel des Gesetzentwurfs ist die Einführung eines Anspruchs auf zeitlich begrenzte Teilzeitarbeit im Teilzeit- und Befristungsgesetz“, heißt es darin.

Für Beschäftigte, die zeitlich begrenzt ihre Arbeitszeit verringern möchten, werde sichergestellt, dass sie danach zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren können. Bisher gibt es nur einen Anspruch auf unbegrenzte Teilzeitarbeit. Ein allgemeines Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit hatten Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart.

Der Anspruch auf Teilzeitarbeit mit zeitlicher Begrenzung soll ab einer Betriebsgröße von 15 Beschäftigten gelten. Das Arbeitsverhältnis muss zudem mehr als sechs Monate bestanden haben. Beschäftigte sollen die begrenzte Teilzeit mindestens drei Monate vorher beantragen müssen. Und nach der Rückkehr zur ursprünglichen Arbeitszeit sollen sie eine erneute Verringerung der Arbeitszeit frühestens nach einem Jahr verlangen können.

Der Entwurf sieht auch vor, dass der Arbeitgeber es mit seinen Arbeitnehmern erörtern muss, wenn diese eine Änderung ihrer Arbeitszeit wünschen - und zwar unabhängig von der Betriebsgröße. Außerdem soll Arbeitnehmern in unbegrenzter Teilzeit die Verlängerung ihrer Arbeitszeit erleichtert werden. Bereits heute sind sie bei der Besetzung freier Arbeitsplätze bevorzugt zu berücksichtigen.

Sie müssen bisher aber nachweisen, dass ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht und sie dafür geeignet sind. Der Entwurf sieht hier „eine Beweislast-Verlagerung auf den Arbeitgeber“ vor. Dieser müsse dann das Fehlen eines Arbeitsplatzes oder eine geringere Eignung darlegen.

Nahles hatte im November ein „Weißbuch Arbeiten 4.0“ vorgelegt und den Gesetzentwurf für ein Rückkehrrecht in Vollzeit angekündigt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen darüber hinaus auch probeweise Varianten zum normalen Acht-Stunden-Tag vereinbaren können – beispielsweise mit Pausen zur Kinderbetreuung oder Homeoffice.



Die Arbeitgeber sehen in dem Entwurf eine „Überdosis Bürokratie“. Die Gewerkschaften hingegen unterstützen Nahles. „Das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit ist längst überfällig“, sagt IG-Metall-Chef Jörg Hofmann. Die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie werde immer drängender. „Sie darf aber nicht in einer „Teilzeitfalle enden.“ DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte: „Wir brauchen ein Recht auf befristete Teilzeit, das unabhängig vom Anlass gilt, damit Menschen sich Zeit nehmen können für Weiterbildung, Ehrenamt, oder auch für Kinder, außerhalb der Elternzeit - und dann wieder zurück zur Vollzeit kommen können.“

Die SPD-Sozialexpertin Katja Mast sagte: „Wer immer über Fachkräftemangel klagt, kann nicht weiter zusehen, wie meist Frauen in der Teilzeitfalle landen.“